

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 32	S0313/04	17.12.2004
zum/zur		
F0229/04		
Bezeichnung		
Kundgebung von Neonazis		
Verteiler		
Der Oberbürgermeister Fraktionen nachrichtlich		04.01.2005

1. Hat die Landeshauptstadt Magdeburg einen Verbotsantrag für o.g. Veranstaltung gestellt oder wird sie diesen noch stellen ?

Bereits mit Schreiben vom 16. November 2004 wurde die Polizeipräsidentin gebeten, das Verbot der angemeldeten Versammlung zu prüfen. Auf diese Bitte antwortete die Polizeipräsidentin, dass zurzeit die sehr engen Voraussetzungen für ein Verbot nicht vorliegen.

2. Welche geeigneten Maßnahmen gedenkt der Oberbürgermeister dem Stadtrat vorzuschlagen, um einer solchen Veranstaltung und den damit zu erwartenden volksverhetzenden Inhalten entgegenzuwirken ?
3. In welcher Art und Weise unterstützt die Stadtverwaltung das "Bündnis gegen Rechts" bei der Vorbereitung und Durchführung von diesbezüglichen Maßnahmen ?

Von der Stadt wird bewusst zu keinen Gegenveranstaltungen aufgerufen, um Konfliktsituationen zu vermeiden. Entlang der Marschroute werden gem. Stadtratsbeschluss- Nr. 266-6(IV)04 zum Antrag A0176/04 Transparente aufgehängt werden. Nach der Kundgebung auf dem Domplatz soll eine Reinigung unter dem Motto „Wir kehren den braunen Dreck weg!“ stattfinden.

4. Welche Marschroute nimmt der Demonstrationszug der Neonazis durch die Stadt ?

Die voraussichtliche Route wurde wie folgt angekündigt:

Breiter Weg □ Hasselbachplatz □ Otto-von-Guericke-Straße □ Ernst-Reuter-Allee □ Alter Markt.

Durch Auflagen der PD können sich hier jedoch kurzfristig Änderungen ergeben.

5. Bestehen Kontakte zu anderen Städten, in denen ähnliche Aktionen geplant sind ?

Die Polizei berücksichtigt bei ihren Entscheidungen die versammlungsrechtlichen Verfahrensweisen anderer Städte. So bestehen z. B Kontakte zu Leipzig, wo immer wieder Versammlungen der rechten Szene stattfinden.

gez. Holger Platz